

Kurzinformationen

zusammengestellt von Walter Keller und Michael Mertsch

Schweizer Delegation legt Bericht über Sri Lanka-Reise vor

Wie bereits mitgeteilt, beabsichtigt das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) in der Schweiz, abgewiesene Asylsuchende nach Sri Lanka zurückzuschaffen. Ein Rückkehrabkommen wurde in der Form eines Notenwechsels im Januar 1994 zwischen den Regierungen Sri Lankas und der Schweiz unterzeichnet. Zur Beurteilung der Situation vor Ort beschloß der Vorstand der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH), eine Delegation nach Sri Lanka zu entsenden. Die SFH ist der Dachverband von Caritas Schweiz, Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS), Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk (SAH), Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK), Verband Schweizerische Jüdische Fürsorge (VSJF). Dabei handelt es sich um Hilfswerke, die vom Bund anerkannt sind.

Die Delegation stand unter der Leitung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH). Weiter nahmen je ein Vertreter der beiden Flüchtlingshilfswerke Caritas und SRK teil. Die Delegationsreise wurde vom Südasienbüro vorbereitet, koordiniert und von Walter Keller begleitet.

Der Vorstand der SFH hatte die Delegation mit umfassenden Abklärungen hinsichtlich einer aktuellen Lagebeurteilung, künftiger Rückerschaffungen tamilischer Asylsuchender aus der Schweiz sowie Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit mit ausgewählten Organisationen in Sri Lanka beauftragt. Die Delegation sollte die Lagebeurteilung der SFH durch eigene Abklärungen und Gespräche überprüfen und aktualisieren. Weiter sollte mit Behörden, internationalen und nationalen Organisationen sowie Politikern und Menschenrechtlern die Bedingungen und Konsequenzen künftiger Rückerschaffungen aus der Schweiz diskutiert werden. Soweit wie möglich sollte die Haltung der verschiedenen NGOs zur Frage einer individuellen Rückkehrhilfe sondiert werden. Gleichzeitig sollte Klarheit geschaffen werden, welche weiteren Erwartungen an

die Schweiz gerichtet werden. Schließlich sollten Möglichkeiten eines politischen Handelns erörtert werden.

Außer zahlreichen Gesprächen in Colombo bereiste die Delegation Gebiete der Nordzentralprovinz, die südliche Nordprovinz sowie den Osten mit den Regionen Trincomalee und Batticaloa.

In einem ersten Bericht, der kürzlich anlässlich einer Pressekonferenz in Zürich vorgelegt wurde, spricht sich die Delegation klar gegen Abschiebungen von Tamilen nach Sri Lanka aus. Die Reise habe gezeigt, daß in absehbarer Zeit keine politische Lösung des Konfliktes in Aussicht steht. Die Menschenrechtssituation habe sich nicht grundsätzlich verbessert. Tamilen seien weiterhin generell gefährdet, dies gelte auch für den Großraum von Colombo, wohin abgeschobene Asylbewerber aus der Schweiz zurückgeschickt werden sollen. Im Süden sei es darüberhinaus aufgrund der Wirtschaftslage für Tamilen kaum möglich, eine selbständige Existenz aufzubauen.

Im Empfehlungs- und Forderungskatalog des Berichts heißt es u.a.: "Vor dem Hintergrund der universellen Gültigkeit der Menschenrechte und unter Berücksichtigung aller in diesem Bericht gemachten Ausführungen sprechen sich die Hilfswerke gegen eine Rückerschaffung tamilischer Asylsuchender nach Sri Lanka aus. Sowohl die Menschenrechtssituation und Sicherheitslage als auch die politischen und sozialen Verhältnisse in Sri Lanka lassen es unverstänlich erscheinen, warum die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt Menschen in dieses Land zurückschicken möchte."

Sollte die Schweiz trotz der von allen Seiten bestätigten Menschenrechtsverletzungen aus innenpolitischen Überlegungen und aus Gründen der Abschreckung an ihrer Absicht festhalten, tamilische Asylsuchende zurückzuschaffen, so gehen die Hilfswerke davon aus, dass diese Haltung auch öffentlich transparent gemacht wird."

Der Bericht weist jedoch darauf hin, daß eine Rückführung im Rahmen des vorliegenden Rückkehrab-

kommens einer unkontrollierten Rückerschaffung auf jeden Fall vorzuziehen sei. Dabei erwarten die Hilfswerke allerdings, daß eine Reihe von Empfehlungen im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen berücksichtigt werden. So sollte "die Schweiz eine Arbeitsgruppe benennen, welche die Rückerschaffung von Tamilen im Rahmen des Rückkehrabkommens verfolgt. Diese Arbeitsgruppe hätte gegenüber den zuständigen Stellen ein Informations- und Antragsrecht... Die Schweizer Behörden sollten die Öffentlichkeit und insbesondere die Tamilen in der Schweiz vor dem Start des Rückkehrabkommens über ihre genauen Absichten bezüglich der Zukunft der tamilischen Asylsuchenden informieren. Insbesondere sollten sie das genaue Prozedere der Rückerschaffungen darlegen und sich dazu äußern, welches Einreisdatum als Stichtag für ein Bleiberecht bzw. für einen Rückkehrzwang vorgesehen ist. Dabei sollten sie auch deutlich machen, ob die Politik der kleinen Anzahl (300 pro Jahr) nur für 1994 und 1995 gelten soll und wieviel Tamilen letztlich zurückgeschickt werden sollen. Schließlich sollte der künftige Status der Tamilen mit Bleiberecht transparent gemacht werden... Das BFF sollte garantieren, daß alle tamilischen Rückkehrer aus der Schweiz (freiwillig und zwangsweise) im Rahmen des Rückkehrabkommens zurückgehen können und Anspruch auf die entsprechenden Leistungen haben...".

Die Delegation schlägt in ihrem Bericht weitere Handlungsmöglichkeiten vor, die von der Schweiz in Angriff genommen werden sollten. So ist die Delegation der Ansicht, daß die Schweiz anstelle von Rückerschaffungen - oder zumindest parallel dazu - Aktivitäten entfalten sollte, die einer Verbesserung der Situation in Sri Lanka dienlich sind. "Die Schweiz sollte Fragen wie Asylgewährung, Rückerschaffungen etc. einbetten in die Grundsätze einer kohärenten Menschenrechtspolitik. Die globale Gültigkeit der Menschenrechte zu fordern, sollte auch bedeuten, im Rahmen der Außenpolitik der Einhaltung dieser Menschenrechte ein entsprechendes

Gewicht beizumessen. Wenn die Schweiz abgewiesene Asylsuchende in ein Land zurückzuschicken gedenkt, in dem nach wie vor Krieg herrscht und wo Menschenrechte täglich verletzt werden, dann sollte dieses Land auch Prüfstein einer solchen Aussenpolitik werden."

Ferner wird betont, die Schweiz sollte zur Lösung des Konfliktes in Sri Lanka seine guten Dienste anbieten und sich für ein breites internationales Lobbying gegen den Krieg einsetzen. Dabei könne die Schweiz auch auf ihre federführende Rolle in Europa bezüglich der Frage der tamilischen Asylsuchenden zurückgreifen und die europäischen Staaten zu einem gemeinsamen Handeln animieren.

Außerdem sollte die Schweiz internationale Anstrengungen lancieren bzw. unterstützen, die eine Beendigung des Ausnahmezustandes in Sri Lanka zum Ziel haben. Die in den Emergency Regulations gewährten Vollmachten für die Sicherheitskräfte bilden die Grundlage für die Menschenrechtsverletzungen und sind mit den international üblichen gesetzlichen und politischen Normen individuellen Schutzes nicht vereinbar. Mit Blick auf die Kriegsparteien betont der Bericht der Delegation, daß die Schweiz sich zum Konflikt in Sri Lanka äußern und sich dabei auch nicht scheuen sollte, beide Kriegsparteien - Regierung und LTTE - öffentlich zu kritisieren. Namentlich sollte diese Kritik an die LTTE auch den tamilischen Asylsuchenden in der Schweiz verdeutlicht und diese aufgefordert werden, von einer finanziellen Unterstützung der LTTE abzusehen (der ausführliche Bericht der Delegation - in Englisch oder Deutsch - kann über das Südasienbüro zum Preis von 15,- DM bezogen werden. Dabei wird um Vorabensendung von Briefmarken oder Verrechnungsscheck gebeten).

Situation im Norden und Osten

Die vergangenen Wochen waren durch zahlreiche kleinere Zwischenfälle gekennzeichnet, die sowohl von der srilankischen Armee als auch Angehörigen der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) ausgelöst wurden. Zahlreiche Menschen wurden erneut Opfer der Gewalttätigkeiten.

Nach erneuten Luftangriffen auf verschiedene Gebiete des Nordens, vor allem im Bereich der Halbinsel Jaffna, die zur Unterstützung von

Bodentruppen in den noch vorhandenen Armeelagern dienen sollten, behauptet das srilankische Militär, daß zahlreiche Dörfer aus der Gewalt der LTTE "befreit" worden seien. Meldungen über eine Ausweitung des von der Armee im Bereich des Luftwaffenstützpunktes Palaly besetzten Gebietes deuten darauf hin, daß die Anstrengungen zur Rückeroberung von Territorium im Norden verstärkt werden. Besonders Mitte April, zur Zeit des sinhalesischen und tamilischen Neujahrsfestes, lag die Halbinsel unter intensivem Beschuß durch Granaten, die durch die Armee von den besetzten Inseln westlich von Jaffna abgefeuert wurden. Wie immer wurden in der Zivilbevölkerung zahlreiche Verwundete und Tote gezählt. Die Menschen auf der Jaffna-Halbinsel fürchten in naher Zukunft eine große Armeeooffensive, da seit Ende April über große Truppenkonzentrationen im östlichen Trincomalee berichtet wird. Auch der Stützpunkt in Palaly werde täglich von mehreren Flugzeugen angefliegen, die Soldaten dorthin transportierten. Außerdem gäbe es Anweisungen an tamilische Regierungsbeamte, sich auf einen Transfer in das "rückeroberte Jaffna" vorzubereiten, um dort die Verwaltung zu übernehmen.

Unter dem Namen "Operation Jayamaga" wurde am 25. April eine neue Offensive entlang der Straße von Vavuniya ins nordwestlich gelegene Mannar gestartet. Hierbei gelang es der Armee, etwa fünf Meilen vorzudringen. Dem Vorstoß waren Luftangriffe auf LTTE-Stellungen vorausgegangen.

Zur gleichen Zeit haben sich aber auch Zwischenfälle gehäuft, die Aufschluß über den Zustand und die schlechte Einsatzbereitschaft innerhalb der Streitkräfte geben. So wurde ein Zivilist bei einer Explosion im Armeelager von Ganemulla getötet, eine weitere Person verletzt. Auch in Puttalam starb ein Soldat und gab es mehrere Verletzte bei einer Explosion im dortigen Armeelager. Schließlich wurde der Leiter einer Schule im Amparai Distrikt versehentlich von einer Militärpatrouille erschossen.

Die LTTE setzte ihrerseits die Angriffsserie auf Armeeposten fort, bei denen sowohl Soldaten als auch Kader der 'Tigers' ums Leben kamen. Zusammenstöße zwischen beiden Seiten ereigneten sich sowohl auf den Gewässern zwischen Jaffna und Mannar, als auch in den Distrikten Trincomalee und

Batticaloa. Nach Armeenangaben sollen insgesamt sechs verlassene Lager der LTTE in diesem Bereich gefunden worden sein. In Valaichenai, einem Ort an der Ostküste, wurden 18 Soldaten verletzt, nachdem ihr Fahrzeug durch eine Minenexplosion gesprengt wurde.

Flüchtlingssituation

Die indische Regierung hat angekündigt, daß eine Rückführung von weiteren 5.000 srilankischen Flüchtlingen aus Südindien nach Sri Lanka unmittelbar bevorsteht. Bereits Anfang April hatte die Ministerpräsidentin des südindischen Bundesstaats Tamil Nadu, Jayalalitha, zu einer Abschiebung der zur Zeit noch etwa 180.000 tamilischen Flüchtlinge aufgerufen, denen sie die Verantwortung für eine Welle von gewalttätigen Verbrechen und Raubüberfällen in Tamil Nadu gibt.

Seit Januar 1992 sind aufgrund des Repatriierungsabkommens zwischen Indien und Sri Lanka fast 40.000 Flüchtlinge nach Sri Lanka zurückgekehrt, 70.000 leben noch in indischen Lagern und weitere 110.000 versuchen außerhalb von Lagern und unterstützt durch Verwandte im westlichen Ausland zu überleben. Die Strategie der indischen Behörden, durch radikale Verschlechterung der Lebenssituationen in den Lagern die Insassen zu einer "freiwilligen Rückkehr" zu bringen, hält an.

Durch ein Feuer wurden am 3. April fast zweihundert Unterkünfte eines Flüchtlingslagers bei Puttalam zerstört, in dem sich ausschließlich Moslems aufhalten, die durch die LTTE aus Jaffna und Mannar vertrieben wurden. Etwa 800 Personen wurden obdachlos, die Regierung hat einen Wiederaufbau des Lagers zugesagt.

Neue Waffenkäufe

Die Regierung Sri Lankas setzt weiterhin alles auf eine militärische Lösung des Konflikts im Land. Zur Zeit unternehmen Delegationen der Sicherheitskräfte Reisen nach Israel, Russland und einige andere Staaten, um neues Kriegsgerät einzukaufen. Bereits Anfang April wurde mit China ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge die Volksrepublik neue Ausrüstung im Wert von über umgerechnet 40 Millionen DM liefern wird. Hierzu gehören u.a. neue Kanonenboote für die srilankische Marine. Offiziell recht-

fertigt man diese erneuten Schritte zur Aufrüstung der Streitkräfte mit Berichten über eine zunehmende Bewaffnung der LTTE, die gegenwärtig versuche, Panzerabwehrwaffen zu beschaffen. Diese Meldungen gehen einher mit Berichten über neue Rekrutierungen der LTTE, ihrer Aufstellung von neuen Batallionen sowie der Einrichtung eines eigenen "Defense College" zur Ausbildung ihrer militärischen Führungskräfte.

Verbot der LTTE in Indien bleibt bestehen

Die indische Zentralregierung hat ein Verbot der im Nordosten Sri Lanka beheimateten 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) in Indien Mitte Mai erneuert. Das Verbot, das erstmals am 14. Mai 1992 aufgrund des 'Unlawful Activities Act' von 1967 erlassen wurde, gilt für weitere zwei Jahre bis Mai 1996. Indien sieht sich durch den Einfluß der LTTE vor allem auf das südliche Indien in seiner Integrität und Souveränität bedroht. So habe die LTTE im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu u.a. zwei tamilische Separatistenorganisationen aufgebaut, die sich für eine Sezession des Bundesstaates von der indischen Union einsetzen. Das Verbot der LTTE wurde auch von der Ministerpräsidentin Tamil Nadus, Frau Jayalalitha, die angeblich auf einer 'Todesliste' der LTTE stehen soll, begrüßt. Um das erneute Verbot hatte sich im Vorfeld ein Streit zwischen ihr und der Zentralregierung aufgetan. Frau Jayalalitha warf Delhi vor, nicht hart genug gegen die LTTE vorzugehen. Das indische Nachrichtenmagazin 'Sunday', das in Kalkutta erscheint, hatte kürzlich mitgeteilt, der indische Geheimdienst RAW unterhalte erneut Kontakte zur LTTE, so, wie bereits in den 80er Jahren.

Sabarathnam Sabalingam in Paris ermordet

Der bekannte tamilische Verleger Sabarathnam Sabalingam wurde am 1. Mai in seiner Pariser Wohnung in Anwesenheit seiner Frau und seines Kindes von bisher unbekanntem Männern, die in die Wohnung eindringen, erschossen. Er war aktiver Mitstreiter der tamilischen Jugendorganisationen Anfang der 70er Jahre ('Manavar Paravai') und ein anerkannter Schriftsteller und Verleger. Seit 1979 lebte Sabalingam im Pariser Exil, wo er mit der 'Academie des Arts et Sciences

Sociales de l'Eelam' den größten tamilisch-sprachigen Verlag in Europa unterhielt. Durch Veröffentlichungen über Menschenrechtsverletzungen und die politische Lage in Sri Lanka sowie die Herausgabe zeitgenössischer tamilischer Lyrik setzte er seine politischen Aktivitäten fort. Nach seiner Ermordung schrieben tamilische Zeitungen, die den 'Tamil Tigers' (LTTE) nahestanden, Sabalingam habe "umstrittene" Bücher veröffentlicht und auf diese Weise die Politik der LTTE kritisiert. In einem gemeinsamen Protestbrief zahlreicher tamilischer Organisationen und Zeitschriften aus Deutschland, England, Frankreich, Kanada, der Schweiz und Norwegen heißt es u.a.: "Bisher haben die Befreiungstiger ihre Kritiker in Sri Lanka und Indien ermordet. Dies geschieht jetzt auch in Europa... Solche Aktivitäten müssen hart verurteilt werden... Jene, die glauben, abweichende Meinungen mit Gewehren zum Schweigen bringen zu können, verkennen die Geschichte. Wir werden, auch nach Sabalingams Tod, seine Arbeit für Menschenrechte und Befreiung weiterführen...".

Machtkampf

Um seine Partei, die regierende 'United National Party' (UNP), vor den Präsidentschaftswahlen im Dezember zusammenzuhalten und innerparteiliche Opposition im Keim zu ersticken, hat Präsident Wijetunga allen Parlamentsmitgliedern der UNP bis auf weiteres jegliche Auslandsreisen untersagt und sie angewiesen, ihre Wahlbezirke nur noch zu Parlamentssitzungen zu verlassen. Nachdem die UNP im März im Süden Sri Lankas eine Wahlniederlage einstecken mußte (siehe auch Artikel in dieser Ausgabe), ist Präsident Wijetunga alarmiert, daß der UNP ein Verlust ihrer Wählerbasis droht. Insbesondere müsse man sich mehr um die Minderheiten der Moslems oder der tamilischen Teeplantagenarbeiter im zentralsrilankischen Bergland kümmern. In einer medien- und wahlwirksamen Geste umarmte Wijetunga den Chef des tamilischen 'Ceylon Workers Congress' (CWC; Koalitionspartner der UNP), Tourismusminister Thondaman, Anfang April und schob alle politischen Differenzen, deren Klärung sich monatelang hingezogen hatten, erst einmal beiseite. CWC-Generalsekretär Sellasamy und aktueller Gegenspieler Thondamans hatte diesem im April noch "regierungsschäd-

gendes Verhalten" vorgeworfen und Wijetunga aufgefordert, ihn zu entlassen. Der Führer des 'Sri Lanka Moslem Congress' (SLMC), Ashraff, forderte Thondaman auf, für die Annäherung der tamilischen und moslemischen Parteien zu arbeiten.

Streit im privaten Sender

Um den kürzlich in Berlin auf Sendung gegangenen tamilischen Fernsehkanal ist ein Streit entbrannt. Die srilankische Regierung, offensichtlich wenig vertraut mit den deutschen Mediengesetzen und in einem Anfluß von Paranoia, forderte die Bundesregierung auf, für die Schließung des Senders zu sorgen. Die LTTE sei in das Unternehmen verwickelt und der Sender könne Propaganda gegen den srilankischen Staat von einem fremden Territorium ausstrahlen. Informationen des Südasienbüros zufolge handelt es sich bei dem Unternehmen keinesfalls um einen 'Tiger-Sender'. Dahinter stehen tamilische Geschäftsleute, die mit der Ausstrahlung eines auf die kulturellen Bedürfnisse der tamilischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik ausgerichteten Programms, einschließlich Werbung, ihr Geld verdienen wollen.

Europäisches Parlament gegen LTTE

Das Europäische Parlament hat an die EU-Mitgliedsstaaten appelliert, die in zahlreichen Städten betriebenen Büros der LTTE zu schließen.

Bombenanschläge in Colombo

Am 8. April explodierten in drei hauptsächlich von Touristen besuchten Hotels in Colombo kleinere Sprengsätze, wodurch zwei Personen verwundet wurden sowie erheblicher Sachschaden entstand. Eine vierte Bombe, die offensichtlich in das 'Mount Lavinia Hotel' transportiert werden sollte, explodierte vorzeitig vor dem Gebäude und tötete einen der Träger. In Pressemitteilungen der Polizei wurde inzwischen gemeldet, daß der Getötete und ein schwer verwundeter Begleiter Mitglieder der LTTE gewesen seien und bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen weiteres Material zur Herstellung von Bomben gefunden worden sei. In der Folge der Anschläge erhielten fünf Touristenhotels in Hikkaduwa eine Mitteilung, in der sich eine bisher unbekannte Gruppe namens

"Ellalan Force" für die Explosionen verantwortlich erklärte und gleichzeitig ankündigte, daß Touristen und ausländische Investoren Ziele weiterer derartiger Aktionen sein werden. In einem anonymen Telefonanruf, der im Colombo Büro der Nachrichtenagentur 'Reuters' einging, wurde erklärt, daß es zu weiteren Bombenanschlägen kommen werde, bis die srilankische Regierung Anstrengungen unternimmt, das Tamilenproblem zu lösen.

Während seitens der LTTE jegliche Beteiligung an den Anschlägen abgestritten wurde, hat die srilankische Regierung erklärt, daß hier die LTTE unter einem Deckmantel aufgetreten ist, um nicht im westlichen Ausland terroristischer Aktivitäten beschuldigt zu werden. Der Außenminister Sri Lankas, A.C.S. Hammed, beeilte sich, den westlichen Botschaftern zu versichern, daß neue und äußerst strenge Sicherheitsmaßnahmen ergriffen würden, um die 400.000 Touristen, die auch in diesem Jahr wieder erwartet werden, zu schützen. In Colombo glaubt man derzeit nicht, daß es zu weiteren Aktionen der 'Ellalan Force' kommen wird.

Ob die sofort nach den Anschlägen einsetzenden Verhaftungen von Tamilen im Großraum von Colombo ein Teil dieser Sicherheitsmaßnahmen für Touristen sind, darf offen gefragt werden. Jedenfalls kam es erneut zu Razzien und Straßenkontrollen, vor allem in den überwiegend von Tamilen bewohnten Stadtteilen von Bambalapitiya und Wellawatte. In diesen, vor allem in der Nacht durchgeführten Aktionen, wurden über 500 Tamilen festgenommen. Auch jetzt noch, mehr als einen Monat nach den Anschlägen, gehen die Polizeiaktionen in einigen Teilen Colombos weiter. Trotz der erneuten Verschärfung der Sicherheitslage für Tamilen in Colombo ist die schweizerische Regierung fest entschlossen, ihr Abkommen zur Rückführung von srilankischen Asylbewerbern durchzusetzen (siehe oben).

Zwischenfälle im Batticaloa-Distrikt

Als Vergeltungsaktion nach einer Minenexplosion hat es in Murugankovilady, einem Ort im Norden des Batticaloa Distrikts, erneut brutale Übergriffe durch die srilankische Armee gegeben. Fast alle der sechzig Häuser des Ortes wurden niedergebrannt und zahlreiche Menschen erlitten schwere Verletzungen, nachdem die Solda-

ten Schüsse abgaben oder mit ihren Gewehrkolben auf flüchtende Dorfbewohner einschlugen. Ein tamilischer Mann wurde bei diesem Amoklauf der srilankischen Soldaten bei lebendigem Leibe in seinem Haus verbrannt.

Die im Land tätigen Nichtregierungs-Organisationen (NROs) haben erneut die Lage im Sperrgebiet um den Ort Vaharai beklagt. Zu diesem, von den Streitkräften abgeriegelten Bereich, gibt es keinen Zugang. Hier und in einigen gefängnisähnlichen Dörfern weiter nördlich, die mit Stacheldraht umgeben sind, werden die Bewohner zu Zwangsarbeit verpflichtet. Sie bekommen Nahrungsmittel nur in geringer Menge und durch Verkaufsstellen, die von der Armee kontrolliert werden.

In einem neuen Bericht des Ministeriums für Rehabilitation heißt es, nur noch 74 der insgesamt 236 ländlichen Verwaltungsbereiche des Batticaloa-Distrikts seien in der Hand der LTTE. Weiterhin seien für den Wiederaufbau von 40.000 zerstörten Häusern bzw. die Entschädigung der Bauern und Fischer in diesem Gebiet über 140 Millionen DM nötig. Dieser Darstellung widersprechen Menschenrechtsorganisationen in Colombo.

Politische Gewalttätigkeiten

In Sri Lanka mehren sich wieder die Anzeichen politischer Gewalt. Zahlreiche politisch aktive Personen wurden ermordet oder erhielten Morddrohungen. Bereits am 4. April wurde Chandra de Silva, ein Mitglied der SLFP, Beruwela, erschossen. Razmar Hussein, ein UNP Mitglied aus Matala wurde am 15. April Opfer eines Mordanschlags. Er und ein Parteifreund, Mohan Weerakoon, hatten schon seit geraumer Zeit Morddrohungen erhalten und darüber auch die Polizei, ihre Partei und sogar den Präsidenten unterrichtet. Die Motive für den Tod Husseins scheinen in einer parteiinternen Auseinandersetzung zu liegen.

Kürzlich erhielt Susil Munasinghe, stellvertretender Generalsekretär der UNP und Anführer der Opposition im Rat der Westprovinz, Morddrohungen, nachdem er zur Bildung einer Kommission für die Aufklärung von Mordfällen an wichtigen Politikern aufgerufen hatte.

Weltbankpolitik und Landwirtschaft

In weiten Gebieten des landwirtschaftlichen Kernlands von

Sri Lanka herrscht Aufruhr, nach dem 14 sinhalesische Bauern, die nach Mißerfolgen bei der Ernte, wachsenden Schulden und sinkenden Erlösen beim Verkauf ihrer Produkte nicht mehr weiter wußten, in Polonnaruwa Selbstmord verübt hatten. Viele dieser Landwirte waren im Rahmen des Mahaweli Projekts angesiedelt worden und verfügten nur über winzige Landparzellen. Schwere Regenfälle zerstörten im Raum Polonnaruwa die Hälfte der diesjährigen Reisernte und bewirkten, daß 60.000 Familien mit wenig oder ohne Einkommen leben müssen. Diese Schicksalsschläge haben offensichtlich dazu geführt, daß einige Bauern keinen Ausweg mehr für die Rettung ihrer Existenz sahen. Die Landwirte riefen zu Demonstrationen auf, nachdem sich im April die staatliche Handelsorganisation für Reis geweigert hatte, Reis aufzukaufen und damit privater Spekulation Tür und Tor geöffnet hatte. Die Verkaufspreise gingen weiter nach unten. Besitzer von Zuckerrohrfeldern begannen einen Hungerstreik, nachdem sich die 'Hinagura Sugar Company' geweigert hatte, den Einkaufspreis zu erhöhen.

Offensichtlich tragen die durch die Weltbank angeregten Reformen des agrarwirtschaftlichen Sektors zu der drastischen Verschlechterung der Situation von Landwirten bei. Die Aufhebung von Subventionen und Preiskontrollen für Düngemittel führte zu einer Erhöhung der Kosten. Die gleichzeitig stattfindende Privatisierung von Handelsorganisationen drückte die Verkaufspreise nach unten und neue bürokratische Hürden bei der Vergabe von Krediten taten ihr übriges. Die Strategie der Weltbank einer exportorientierten Landwirtschaft und die Aufhebung von Tarifschränken führt dazu, daß Kleinbauern nicht mehr länger einen fairen Erlös aus ihrer Ernte erhalten. Für einige von ihnen übersteigen die Produktionskosten mittlerweile den mit dem Verkauf erzielbaren Erlös.

Die Weltbank verwahrt sich indes gegen solche Effekte ihrer Politik und behauptet, wieder einmal würden ihre Strategien "dämonisiert". Die durch die Weltbank ausgelöste Liberalisierung der Wirtschaft Sri Lankas habe zu einer Reduzierung der Kindersterblichkeit und der Verbesserung des Bildungssystems geführt. Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Erziehungssystem bleiben die Prioritäten der Weltbank.